



Dies ist eine Leseprobe von Klett-Cotta. Dieses Buch und unser
gesamtes Programm finden Sie unter www.klett-cotta.de

Rainer Hermann

ARABISCHES BEBEN

**Die wahren Gründe der Krise
im Nahen Osten**

Klett-Cotta

Klett-Cotta

www.klett-cotta.de

© 2018 by J. G. Cotta'sche Buchhandlung

Nachfolger GmbH, gegr. 1659, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany

Cover: Rothfos & Gabler, Hamburg

unter Verwendung eines Fotos von dpa (epa Musadeq Sadeq;

US-Hubschrauber bringt Weihnachtsgeschenke nach Afghanistan)

Karten auf S. 342–344: Rudolf Hungreder, Leinfelden-Echterdingen

Gesetzt von Dörlemann Satz, Lemförde

Gedruckt und gebunden von CPI-Clausen & Bosse, Leck

ISBN 978-3-608-96211-6

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

INHALT

ZEITENWENDE	9
WEICHENSTELLUNGEN	20
Äußere Einflüsse	21
Minderheiten als Eliten	21
Missglückte Staatsgründungen	23
Verhängnisvolle Interventionen	30
Innere Fehlentwicklungen	34
Autoritäre Staaten	34
Totalitäre Ideologien	38
Konfliktverstärker im Islam	42
ZERFALL	49
Von Staaten und Gesellschaften	49
Leere Versprechen der Staatsgründer	49
Der Irak – Sunniten gegen Schiiten	59
Ägypten – Militär gegen Zivilisten	66
Syrien – der kleine Weltkrieg	74
Libyen – Land der Milizen	86
Jemen – zentrifugale Kräfte	90

Zerfall der regionalen Ordnung	95
Geschwächt: die sunnitisch-arabische Welt	95
Der Grundkonflikt: Saudi-Arabien gegen Iran	102
Ungeliebter Stabilitätsanker: Saudi-Arabien	113
Zerfall des Islams	127
Der bürgerliche Islam – Erosion der Mitte	127
Die Muslimbruderschaft – die Brandmauer zum Dschihad fällt	134
Der Dschihadismus – die Hydra des Terrors	142
SCHIEDEN	155
Das Beben des Jahres 2011	155
Verpasste Chancen: 1945 wie 1918	155
Arabellion und Restauration	157
Repression und Staatsterror	169
Der Druck im Kessel	179
Der revolutionäre Moment	179
Die Akteure bis 2025	186
ZUKUNFT	196
Der Westfälische Friede als Denkmodell	196
Die Suche nach Identitäten	205
Identität bietet Schutz und Geborgenheit	205
Konfessionalismus grenzt aus und entfesselt	216
Magnetfelder: Islamismus und säkularer Arabismus ..	223

Die Suche nach einer neuen Ordnung	237
Ein neuer Gesellschaftsvertrag	237
Eine neue politische Kultur	243
Ein neuer territorialer Nationalstaat	249
Die Zeitbombe tickt	263
Die demographische Zeitbombe	263
Das wirtschaftliche Kartenhaus	269
Die ökologische Katastrophe	278
DER WESTEN UND DER NAHE OSTEN	282
Fluchtziel Europa	282
Immer mehr Flüchtlinge und Migranten	282
Fluchtursachen bekämpfen	288
Das friedliche Zusammenleben sichern	297
Terrorzellen und einsame Wölfe	297
Den großen Zusammenprall verhindern	309
AUSBLICK	317
ANHANG	341
Karten	342
Auswahlbibliographie	345
Anmerkungen	354
Personenregister	374

ZEITENWENDE

Ein gewaltiges Beben erschüttert den Nahen Osten. Über Jahrzehnte hatte eine Ordnung Bestand, die sich nur wenig veränderte. Heute stürzt sie ein. Konflikte und Kriege zerstören Städte und Landschaften, es zerfallen Gesellschaften, der Terror ist Teil des Alltags.

Zahlen der Vereinten Nationen illustrieren die dramatischen Folgen des Bebens. Zwar leben in der arabischen Welt lediglich fünf Prozent der Weltbevölkerung. In der Region werden jedoch 45 Prozent aller Terroranschläge verübt, auf sie entfallen 47 Prozent aller Binnenflüchtlinge und 57,5 Prozent der Flüchtlinge, die ihr Heimatland verlassen haben. Zudem sind zwei von drei Menschen, die bei Konflikten getötet oder verwundet werden, Araber.¹

Daran wird sich auf absehbare Zeit wenig ändern. Denn die Vereinten Nationen erwarten, dass im Jahr 2050 drei von vier Arabern in Ländern mit hohem Konfliktrisiko leben werden.² Ein Indikator dafür sind die Rüstungsausgaben. Je Einwohner lagen sie in der arabischen Welt von 1988 bis 2014 um zwei Drittel über dem Durchschnitt.³ Weltweit ist keine andere Region derart militarisiert wie der Nahe Osten, und die Militärausgaben steigen weiter.

Wir sind Zeugen einer Zeitenwende, die den Nahen Osten erfasst hat. Noch vor wenigen Jahren haben wir geglaubt, keine andere Region sei so stabil wie der Nahe Osten mit seinen Diktatoren, die über Jahrzehnte herrschten. Wir konnten uns keine anderen Herrscher mehr vorstellen als

den Libyer Gaddafi und den Ägypter Mubarak, als Saddam Hussein im Irak und als die Assads in Syrien. Wir haben uns getäuscht: Sie sind weggespült, bis auf Baschar al-Assad, der sich aber lediglich zum Preis eines grausamen Krieges halten kann. Die Stabilität war nur Schein.

Ein langer historischer Prozess gelangt an sein Ende, dessen Anfänge ein halbes Jahrtausend zurückliegen. Eingesetzt hat er, als die Osmanen zu Beginn des 16. Jahrhunderts weite Teile der arabischen Welt eroberten. Die osmanische Herrschaft bescherte den Arabern eine Epoche des Wohlstands, ohne große Konflikte, aber auch ohne tiefgreifende Veränderungen. Ein erster folgenreicher Einschnitt war im Jahr 1798 die Expedition Napoleon Bonapartes nach Ägypten, die zur ersten Begegnung des arabischen Orients mit dem nun überlegenen Europa führte. Ein Jahrhundert später löste die Fremdherrschaft der nichtmuslimischen Kolonialmächte aus Europa die Fremdherrschaft der muslimischen Osmanen im Nahen Osten ab.

Das Ende der Kolonialherrschaft brachte dann zwar Selbstbestimmung, aber keine Befreiung. Säkulare Militärdiktaturen, die der Gesellschaft keine Freiheiten einräumten, übernahmen die Macht. Sie scheiterten, denn sie erfüllten nicht die Hoffnungen der Menschen auf ein Leben in Würde und Wohlstand. Die Antwort auf das Scheitern war der politische Islam, die Antwort auf den Staatsterror der Dschihad. Zuletzt wollten immer mehr Herrscher die dysfunktionalen Staaten an ihre Söhne weiterreichen.

Da gingen die Menschen zu Massenprotesten auf die Straße und lösten das Beben aus, das die Fassaden der Staaten zum Einsturz brachte. Der lange verborgene Zustand der arabischen Welt wird sichtbar: Regime, die weder Rechtsstaaten noch Sozialstaaten sind, die unterdrücken und un-

gerecht sind, Regime, die ihre Länder vor der Globalisierung abgeschottet haben. Epochale Umwälzungen haben jetzt aber eingesetzt, und sie stehen erst am Anfang.

Eine Analogie kann helfen, komplexe Sachverhalte oder Prozesse zu begreifen. Eine passende Analogie zum Zustand der arabischen Welt liefert die Geologie: Verwerfungslinien zeigen, wo Erdplatten aufeinanderprallen. Bewegen sich die Erdplatten, entsteht eine Spannung, die sich in Erdbeben entlädt. Eine Verwerfungslinie, die beispielsweise 500 Kilometer lang ist, kann in mehreren Schritten etappenweise gebrochen werden. Dann entlädt sich die Spannung in mehreren kleineren Erdbeben, die jeweils nur wenig Schaden anrichten. Die Spannung kann sich aber auch über eine lange Zeit aufbauen, der Untergrund kann sich bis zu einem gewissen Grad wie eine Feder biegen. Dann aber entlädt sich die Energie auf einmal mit großer Wucht und einer zerstörerischen Kraft, die ungleich größer als bei den kleinen Beben ist.

Überträgt man dies auf die Geschichte, wird aus einer Verwerfungslinie von 500 Kilometern eine Zeitachse von 500 Jahren. Europa ist in den vergangenen 500 Jahren von zahlreichen gesellschaftlichen und politischen Beben erschüttert worden. Jedes Beben setzte zentrifugale Kräfte frei und erschütterte die Ordnung. Jedes Mal fing das Machtzentrum die zentrifugalen Kräfte durch Veränderungen auf, was die Systeme stabilisierte. So führte der Dreißigjährige Krieg zu einem Religionsfrieden und der völkerrechtlichen Gemeinschaft von Nationalstaaten; bei der Revolution von 1848 erkämpfte sich eine neue bürgerliche Mittelschicht die Teilhabe an der Politik; schließlich mündete die soziale Frage nicht in ein revolutionäres Proletariat, sondern wurde durch eine schrittweise verbesserte Absicherung der Industriearbeiter gelöst.

Die Beben erfolgten nacheinander und konnten daher leichter absorbiert werden. Konflikte wurden beigelegt, in jedem Fall wurde das Gerüst der Ordnung stärker, sodass es künftigen Beben besser standhalten konnte. Neu bestimmt wurde das Verhältnis von Staat und Religion, das von Staat und Gesellschaft sowie das der Religionen und das der gesellschaftlichen Gruppen untereinander. In diesen Prozessen haben der Rechtsstaat und der Sozialstaat ihren Ursprung. Letztlich setzt sich die Zivilisation Europas aus solchen Errungenschaften zusammen, die aus der Lösung von Konflikten hervorgegangen sind.

Anders die arabische Welt. Sie war Jahrhunderte stillgestanden. Die Araber empfanden das als umso bedrückender, als sie in der Zeit vom Ende des Römischen Reiches bis zum Beginn der europäischen Renaissance eine Hochzivilisation hervorgebracht hatten, die für ihre Zeit reich war und in der die Wissenschaften eine Blüte erlebten. Dann übernahm Europa die Fackel des Fortschritts, und die arabische Welt verfiel in einen langen, tiefen Schlaf.

Heute holt sie mehrere historische Prozesse nach, die Europa nacheinander erschüttert haben: Als sich Europa im Dreißigjährigen Krieg zerfleischte, war das Osmanische Reich eine Zone des religiösen Friedens und des Wohlstands, die keine Nationen kannte; als die bürgerliche Mittelschicht in Europa 1848 gegen die feudale Staatselite aufbegehrte, akzeptierten die Untertanen des Sultans die Ordnung als gottgegeben; als im Westen die Industrialisierung eine neue Welt schuf, waren die Araber weiterhin Händler und Landwirte. Denn der Islam begünstigt keine Akkumulation von Kapital.

Die Eruptionen haben erst begonnen. Wenn sich eine Verwerfungslinie in Bewegung setzt, die viele Jahrhun-

derte – und damit zu lange – ruhig war, bleibt kein Stein auf dem anderen. Noch vor wenigen Jahren haben wir geglaubt, keine Region der Welt sei so stabil wie der Nahe Osten mit seinen Diktatoren. Dann ist die Feder gesprungen, und die Erde hat sich in Bewegung gesetzt. Der Nahe Osten bebt, und mit den Flüchtlingen und dem Terror hat der Tsunami uns in Europa längst erreicht.

Historische Prozesse wiederholen sich nicht, es bestehen aber auffällige Ähnlichkeiten zwischen dem Gestern und dem Heute. So demonstrierten in der arabischen Welt im Jahr 2011 frustrierte Angehörige der Mittelschicht, die eine Teilhabe an Staat, Gesellschaft und Wirtschaft einforderten; es beteiligten sich Arbeiter von Staatsbetrieben, die gegen ihre schlechte Bezahlung protestierten. Die Menschen erkannten, dass ihre Staaten ihnen keinen Nutzen bringen, denn diese Staaten waren nie Solidargemeinschaften und sie stifteten keinen gesellschaftlichen Frieden. Vielmehr privilegierten sie eine kleine Elite auf Kosten anderer Bevölkerungsschichten.

Die Proteste wurden niedergeknüppelt. Einige Regime haben sich durch Konterrevolutionen gerettet, die von einer erschreckenden Repression begleitet sind; andere Länder sind in Kriege abgeglitten, in denen die Fronten oft zwischen religiösen Konfessionen verlaufen. Die vielen anhaltenden Konflikte und Kriege summieren sich in der Gegenwart zu einem Megabeben mit gewaltiger zerstörerischer Energie.

Wenn Gesellschaften und Staaten zerfallen, entsteht ein Vakuum, in das nichtstaatliche Akteure stoßen. Zu ihnen zählen der »Islamische Staat« und der dschihadistische Terror, aber auch externe Schutzmächte wie Saudi-Arabien für die sunnitischen Muslime und Iran für die schiitischen. In dem Maße, wie sie sich im Vakuum ausbreiteten, ver-

schmolzen lokale Konflikte mit regionalen, und so zerfielen erst einzelne Staaten, dann zerfiel die regionale Ordnung. Regionalmächte, die das hätten aufhalten können, standen nicht mehr zur Verfügung. Denn drei von ihnen sind ausgeschieden: der Irak, Syrien und Ägypten. Als letzte Ordnungsmacht bleibt Saudi-Arabien, das sich in einem kalten Krieg mit Iran befindet.

Der Transformationsprozess, der eingesetzt hat, ist ohne Präzedenzfall. Zu Beginn haben noch viele gehofft, er könne wie in Osteuropa nach dem Fall des Eisernen Vorhangs im Jahr 1989 verlaufen. Denn schließlich ähnelten sich die Fragestellungen. In Osteuropa wollten die Menschen ihre Diktaturen durch Ordnungen ersetzen, die ihnen eine Teilhabe garantierten. Sie stellten sich, wie es auch die Araber heute tun, Fragen zu ihrer Identität. So fragten sich die Polen, ob sie eher eine katholische oder eher eine säkulare Nation sein wollten.

In der arabischen Welt verlaufen die Prozesse aber anders. Denn sie sind ungleich komplexer als es jene in Osteuropa waren. In Osteuropa kreiste die Debatte letztlich um die Frage, welche Staatsform sich durchsetzen würde: eine Demokratie wie in Polen oder eine Diktatur wie in Weißrussland. Der Staat existierte jedoch weiter. Nicht so in der arabischen Welt, wo sich die Staatlichkeit auflöst und wo die Sicherung von Staatlichkeit die größte Herausforderung geworden ist.

Der Vergleich mit Osteuropa zeigt, wie schwierig Prognosen zu Beginn eines Transformationsprozesses sind. Einige Länder des früheren Ostblocks wurden Mitglieder in der Europäischen Union, andere nicht; die Tschechoslowakei und Jugoslawien brachen auseinander, neue Staaten wie Kroatien und Bosnien-Herzegowina wurden gegründet. Das al-

les war 1989 nicht vorherzusehen. In der arabischen Welt, in der das Beben ungleich stärker und gewalttätiger ausfällt, sind Prognosen noch schwieriger. Niemand hätte voraussagen können, dass die Selbstverbrennung eines tunesischen jungen Mannes am 17. Dezember 2010 dieses anhaltende Beben auslösen würde.

Der Wandel ist gewaltsam, brutal und wird lange dauern. Beispiele sind die Militarisierung des Konflikts in Syrien im Jahr 2012, die Niederschlagung der Proteste der Anhänger des gestürzten ägyptischen Präsidenten Mursi im Sommer 2013 und der rasche Siegeszug des »Islamischen Staats« im Jahr 2014.

Eine Rückkehr zum Status quo ante und in die Zeit vor dem Beben ist ausgeschlossen, denn das Vertrauen der Bürger in ihre Regime ist aufgebraucht. Die Regime antworten auf den Ungehorsam mit Repression. Je repressiver ein Regime aber ist, desto extremistischer wird die Alternative zu ihm und desto besseren Nährboden findet der Terror – und desto brutaler schlägt dann das Regime zurück. Es ist eine Spirale, die die arabische Welt nach unten zieht.

Das Buch soll zeigen, dass die Konflikte und Kriege im Nahen Osten keine vorübergehende Episode sind, sondern uns noch lange beschäftigen werden. Es spürt die inneren Verwerfungen in der arabischen Welt auf, nachdem andere Autoren die äußeren Einflüsse, vor allem die militärischen Interventionen des Westens und deren Folgen, herausgearbeitet und teilweise überbewertet haben. Es führt die Konflikte und Kriege nicht eindimensional auf einen Faktor zurück, vielmehr will es der Komplexität des Nahen Ostens gerecht werden. Komplex sind zum einen die Ursachen, die es ermöglicht haben, dass sich über die Zeit eine solche Zerstörungsenergie aufgebaut hat; sie liegen in der Geschichte,

in den Gesellschaften und der Religion des Islams. Komplex sind auch die Konflikte, die wie ein Knäuel miteinander verflochten sind.

Vorübergehend wurde für die Massenproteste und die revolutionäre Stimmung des Jahres 2011 der Begriff »Arabischer Frühling« benutzt, er führte aber in die Irre. Denn er machte glauben, dass es ausreiche, einen Diktator zu stürzen und Wahlen abzuhalten, um zu einer pluralistischen Demokratie zu gelangen, die die Vielfalt der nahöstlichen Gesellschaften abbildet. Stattdessen steht die arabische Welt am Beginn einer Zeitenwende, die von lang anhaltenden Konflikten begleitet ist. Dieses Buch hat die Ereignisse des Jahres 2011 im Blick, darüber hinaus auch die lange Dauer der historischen Prozesse in der Region. Die Analysen werden veranschaulicht durch Reportagen aus Brennpunkten der arabischen Welt, in die der Autor für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* gereist ist.

Das Buch behandelt in seinem ersten, historischen Teil die externen Einwirkungen und die inneren Fehlentwicklungen, die zusammen die gewaltigen Eruptionen in der arabischen Welt, wie wir sie heute erleben, ausgelöst haben. Der zweite Teil zeichnet nach, wie die einzelnen Staaten und die regionale Ordnung zerfallen, wie der Zusammenhalt der Gesellschaften schwindet und wie auch der klassische Islam seine Bindekraft verliert. Ein Exkurs in der Mitte des Buches zeigt am Beispiel Ägyptens, weshalb die Massenproteste von 2011 gescheitert sind.

Während die ersten beiden Hauptkapitel die Vergangenheit und die Gegenwart zum Thema haben, blickt das dritte Kapitel in die Zukunft und entwickelt mögliche Szenarien. Im Mittelpunkt stehen der Kampf um die Identität von Staat und Gesellschaft sowie die Frage, welche Rah-

menbedingungen für eine neue politische Ordnung erforderlich sind. Diese Aufgaben beschäftigen sich damit, die Folgen des Bebens zu beseitigen. Die arabische Welt ist jedoch zusätzlich mit Herausforderungen konfrontiert, die selbst in friedlichen Zeiten kaum zu meistern sind. Dazu gehören das hohe Bevölkerungswachstum, die Modernisierung der dysfunktionalen Wirtschaften und die ökologischen Gefahren.

Ein viertes und letztes Kapitel widmet sich den Folgen der arabischen Zeitenwende für Europa. Dabei geht es um die Frage, wie wir auf die Erschütterungen in der Nachbarregion Europas reagieren können, wie sie sich auf unsere Gesellschaften auswirken, wie wir mit der wachsenden Terrorgefahr umgehen und welchen Beitrag wir für die Stabilisierung des Nahen Ostens leisten können.

In der arabischen Welt geht eine Epoche zu Ende. Zum Ende der Kolonialzeit wurden Staaten gegründet, denen es nicht gelang, heterogene Gesellschaften zu Nationen zu einen. Die Staaten wurden nur so lange zusammengehalten, wie die Sicherheitsapparate Dissens mit eiserner Faust erstickt haben. Dabei setzte sich der Stärkere durch, die Schwächeren wurden ausgeschlossen. Heute zerbrechen die Staaten. Damit sind Konflikte verbunden, zentrifugale Kräfte werden freigesetzt. Um Schutz zu finden, wendet sich der Einzelne seiner konfessionellen Gemeinschaft oder dem Stamm zu, und so ist ein Kampf um die Identitäten von Gemeinwesen, des Staates und der Gesellschaft im Gange. Der Kampf zerreißt die Gemeinwesen und befeuert die Konflikte noch mehr. In Ländern wie Syrien und dem Irak zählt keine nationale Identität, sondern die Zugehörigkeit zu einer konfessionellen Gemeinschaft. Die Folgen sind Krieg und Zerstörung, ebenso neue Dikta-

turen und Repression. Eine neue Ordnung ist aber nicht in Sicht.

Das Scheitern der postkolonialen Staaten hat die konfliktbeladene Suche nach einer schützenden Identität sowie Kriege in allen Formen angestoßen: Bürgerkriege, Stellvertreterkriege, Kriege um die Vorherrschaft in der Region. Gemessen an ihrer Wirtschaftsleistung gibt weltweit keine andere Region so viel Geld für Rüstung aus. Als ob das nicht ausreichte, um eine Region zu destabilisieren, versetzen auch die Terrorideologie des dschihadistischen Salafismus und der »Islamische Staat« die Menschen im Nahen Osten – und darüber hinaus – in Schrecken.

Virulent bleibt der Konflikt um Palästina und vor allem um Jerusalem. Den Juden ist Jerusalem eine heilige Stadt, den Muslimen ist sie die drittheiligste Stätte. Ein kreatives Konzept für eine friedliche Lösung gibt es weiter nicht. Unter dem Begriff »Jahrhundertdeal« wird zunehmend eine vor allem von Israel favorisierte Lösung diskutiert, dass die Palästinenser auf einen Teil der Westbank verzichten und dafür im Nordsinai ein »Ersatzland« angeboten bekommen.⁴

Der Konflikt, der alles andere überlagert, ist der zwischen dem sunnitischen Saudi-Arabien und dem schiitischen Iran. Solange er nicht entschärft wird, werden alle Versuche scheitern, die zahlreichen anderen Konflikte beizulegen. Den Geist aus der Flasche ließen im Jahr 2003 die amerikanische Invasion im Irak und der Sturz des Gewaltherrschers Saddam Hussein. Dieser Geist des sunnitischen und schiitischen Konfessionalismus facht den Flächenbrand im Nahen Osten an und gefährdet Staaten.

Der Konfessionalismus ist eine destruktive Kraft. Als Gegengewicht, das die konfessionellen Gräben überwinden kann, bietet sich dazu der Arabismus an, der nicht die

Religion in den Vordergrund stellt, sondern die kulturelle Einheit der Araber. Der Arabismus wurde jedoch von den säkularen Diktaturen diskreditiert und muss erst wiederbelebt werden.

Stabile Staaten wird es erst dann wieder geben, wenn die konfessionellen Gräben zugeschüttet und die Faktoren beseitigt sind, die zu den Massenprotesten des Jahres 2011 geführt haben. Dazu bedarf es radikaler Reformen, zu denen noch niemand bereit ist. Die Prognose ist daher düster: Der arabischen Welt stehen noch jahrzehntelange Konflikte bevor, die auch uns im Westen nicht unberührt lassen werden.

WEICHENSTELLUNGEN

Seiner Geschichte kann niemand entfliehen. Denn die Geschichte stellt die Weichen für die künftigen Entwicklungen, und die Erfahrungen aus ihr sind die Leitplanken, innerhalb derer sich eines von mehreren Szenarien durchsetzt. Ein Blick in die Geschichte hätte genügt, um zu sehen, dass im Nahen Osten manche Hoffnung auf eine bessere Zukunft ohne Chance war: etwa 2003, als Amerikaner und andere glaubten, dass die Intervention im Irak eine funktionierende Demokratie hervorbringen werde. Oder 2011, als viele euphorisch vom »Arabischen Frühling« sprachen und ein neues Zeitalter heraufziehen sahen. In Wirklichkeit geschah etwas anderes, im Irak und im ganzen Nahen Osten.

Jeweils drei externe und drei interne Faktoren haben Leitplanken gezogen, innerhalb derer sich der Nahe Osten langfristig entwickelt. Die externen Faktoren sind das Erbe des Osmanischen Reichs, der Kolonialismus und der Imperialismus im Kalten Krieg. Im Nahen Osten setzten seit der Unabhängigkeit aber auch innere Fehlentwicklungen ein, die zum heutigen Scheitern beitragen: autoritäre Staaten, totalitäre Ideologien und ein Islam, der Konflikte religiös auflädt.

Äußere Einflüsse

Minderheiten als Eliten

Die Zeit des Osmanischen Reiches war eine der glanzvollsten Epochen der Menschheit. Sie hat der islamischen Welt fast ein halbes Jahrtausend Stabilität beschert. Innerhalb des Reiches gab es keine Grenzen, jeder konnte uneingeschränkt reisen. Nach den Maßstäben der damaligen Zeit war es ein modern organisierter Staat.¹ Dennoch legte es Grundlagen für das Beben in der arabischen Welt heute. Die Osmanen hatten 1453 Konstantinopel erobert, 1516 Damaskus und im Jahr danach Kairo, es folgten 1534 Bagdad und das Zweistromland von Euphrat und Tigris, das vom 20. Jahrhundert an Irak heißen sollte. »Die Osmanen waren nun auch eine arabische Großmacht.«² Innerhalb von nicht einmal hundert Jahren hatten die osmanischen Sultane ihre wichtigsten Eroberungen gemacht. Die Osmanen herrschten über ein Reich, in dem viele Völker mit vielen Religionen und vielen Identitäten lebten.

In Europa entstanden aber zu jener Zeit Staaten, deren Grenzen sich erstmals an nationalen Identitäten orientierten. Diese Nationalstaaten führten gegeneinander Kriege, das Osmanische Reich blieb in jener Epoche – von lokalen Gewaltausbrüchen abgesehen – jedoch eine relativ friedliche Region. Das änderte sich erst im 19. Jahrhundert, als sich an seinen Rändern Nationalstaaten bildeten, die sich in Kriegen vom Vielvölkerreich zu lösen versuchten. Das erschütterte das Osmanische Reich, in dem bislang Menschen unterschiedlicher Sprache und unterschiedlicher Religion wie in einem Flickenteppich miteinander gelebt hatten. Die Religion bestimmte damals die Identität, und sie bestimmt

sie bis in die Gegenwart hinein. Eine irakische oder syrische Identität, auf der ein Staat hätte gegründet werden können, gibt es bis heute nicht. Jede Volksgruppe im Irak und in Syrien bezieht ihre Identität vielmehr aus einer anderen Referenz. Im Vordergrund steht für sie, ob sie Araber oder Kurden sind, Sunniten oder Schiiten, Christen oder Jesiden, Sabäer oder Schabak. Man identifizierte sich allenfalls noch mit der Stadt oder Provinz, in der man lebte.

Die Osmanen teilten das Land zwischen dem Mittelmeer und Iran in sieben Provinzen auf, um es leichter verwalten zu können. Im Osten liegt das Zweistromland. Die muslimischen Araber hatten den südlichen Teil davon nach der Eroberung im siebten Jahrhundert *Iraq* genannt; die Osmanen richteten nun entlang von Euphrat und Tigris drei Provinzen ein, neben Basra im Süden noch Bagdad und Mossul. Im Westen liegt die Levante. Als die Araber diese Gegend eroberten, nannten sie das Land *Bilad al-Sham*, das Land, das von Mekka aus gesehen im Norden liegt. *Bilad al-Sham* reicht vom Roten Meer im Süden bis zum Taurus im Norden. Die Osmanen teilten es zunächst in die Provinzen Tripoli, Aleppo und Damaskus auf, wozu auch Jerusalem und Beirut gehörten.

Verhängnisvoll war die Entscheidung des osmanischen Sultans, sich bei der Verwaltung der Provinzen allein auf sunnitische Muslime zu verlassen. Der Sultan war selbst ein sunnitischer Muslim; die Safawiden, seine größten Feinde, hatten 1501 auf dem Gebiet des heutigen Iran den schiitischen Islam zur Staatsreligion erhoben. Bereits damals stellten im Zweistromland die schiitischen Muslime eine große Mehrheit der Bevölkerung, und die Osmanen verdächtigten sie, auf ihrem Boden die fünfte Kolonne der Safawiden zu sein.

In den Provinzen des Zweistromlandes bildeten die Osmanen eine Elite aus urbanen Sunniten. Sie stützten sich in der Armee, im Handel und in der Verwaltung auf sie. Damit war die osmanische Oberschicht im Zweistromland ein Abbild derer in der Hauptstadt Konstantinopel. Diese Elite profitierte von den osmanischen Reformen des 19. Jahrhunderts mehr als die ländliche schiitische Mehrheit. Seit her betrachten sich die Sunniten im heutigen Irak als die natürliche Elite und als die einzige Klasse des Landes, der Außenstehende vertrauen können. Das hatte zwei Folgen: Die schiitischen Muslime und die ländliche Stammesbevölkerung waren von der Teilhabe an der Macht ausgeschlossen; zudem orientierten sich das Bildungswesen sowie die Möglichkeiten, im Staatsdienst aufzusteigen oder in der Privatwirtschaft reich zu werden, an den Bedürfnissen dieser städtischen sunnitischen Elite.³

Missglückte Staatsgründungen

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs übernahmen die europäischen Kolonialherren von den Osmanen dieses Herrschaftssystem. Sie stützten ihre Herrschaft im Irak und in Syrien auf Minderheiten und stärkten diese sogar gegenüber den Mehrheiten noch weiter. So setzten die Briten im Irak wie zuvor die Osmanen auf die Sunniten, in Syrien hingegen band die neue französische Mandatsmacht zwar die urbane sunnitische Elite ein, verließ sich aber auch auf die christliche Minderheit. Beide Mandatsmächte unterließen es jedoch, die gesamte Bevölkerung einzubeziehen. Sie marginalisierten die Teile, die später aufbegehren sollten: im Irak die Schiiten und die Kurden, in Syrien die Sunniten.

Der Nahe und Mittlere Osten, wie wir ihn heute kennen, ist vor allem das Ergebnis der Entscheidungen der Kolonialmächte während des Ersten Weltkriegs und in den Jahren danach. Zuvor hatte die Niederlage des Osmanischen Reichs im Ersten Weltkrieg das Beben ausgelöst, das die alte Ordnung erschüttert und letztlich auch zerstört hat. Diese Ordnung war aus verwandtschaftlichen, regionalen und konfessionellen Bindungen heraus gewachsen, die nun zerschnitten wurden. Etablierte Handelswege, Provinzen und Grenzen wurden zerstört und durch Gebilde ersetzt, die den Menschen, die hier lebten, fremd waren.

Fortan trennte eine Grenze die Handelsstädte Aleppo und Mossul, die in der Geschichte miteinander verbunden gewesen waren; Aleppo verlor zudem sein anatolisches Hinterland und fand sich gewissermaßen über Nacht in einer Randlage wieder. Die neuen Grenzen trennten auch die beiden Metropolen Damaskus und Bagdad. Das neue Ordnungsprinzip wurde der Nationalstaat, dessen Grenzen quer durch ethnische, konfessionelle und sprachliche Räume verliefen, die homogener gewesen waren als das, was auf sie folgte. So fanden sich die Menschen in Staaten wieder, sie hatten aber keine gemeinsame Identität. Die neuen Staaten schufen zwar Institutionen nach westlichem Vorbild, gewachsene Nationen waren diese neuen, künstlichen Staaten aber nicht.

Vereinbarungen und Abkommen, die zwischen 1915 und 1922 ausgehandelt wurden, sollten das Vakuum füllen, das der Untergang des Osmanischen Reichs hinterlassen hatte. Der US-Historiker David Fromkin bezeichnete sie in ihrer Summe als einen *Frieden, um allen Frieden zu beenden* – so auch der Titel seines Standardwerks zu jener Zeit.⁴

Großbritannien hat die Levante damals gleich drei Par-

teien versprochen: 1915 durch Henry McMahon, der als britischer Gouverneur über Ägypten herrschte, den Arabern; 1916 teilten die Briten und Franzosen die Levante im Sykes-Picot-Abkommen aber unter sich auf; und am 2. November 1917 schrieb der britische Außenminister Arthur Balfour in einem Brief an den britischen Zionisten Lord Lionel Walter Rothschild, dass Großbritannien die Errichtung einer »nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina« unterstütze.

Die Korrespondenz von McMahon und dem Scherifen Hussein Ibn Ali, dem Herrscher über Mekka und Medina, hatte das Ziel, die Araber für den Kriegseintritt an der Seite der Alliierten gegen das Osmanische Reich zu gewinnen. McMahon billigte dazu das »Damaskus-Protokoll«, das Geheimgesellschaften junger arabischer Offiziere zusammen mit Faisal, einem Sohn Husseins, im Frühjahr 1915 verfasst hatten. Sie forderten darin einen arabischen Staat, der die Arabische Halbinsel und die Levante umschließen sollte. McMahon akzeptierte diese Forderungen am 24. Oktober 1915, er schloss lediglich Gebiete im heutigen Syrien aus. Das war die Grundlage, auf der sich die Araber 1916 dem legendären Lawrence von Arabien anschlossen und so die arabische Revolte gegen die Türken begannen.

Da hatte sich Großbritannien bereits mit Frankreich auf die Aufteilung der osmanischen Beute und auf die neuen Grenzen in der Levante verständigt, die weitgehend bis zum heutigen Tag Bestand haben. Premierminister Herbert Henry Asquith hatte sich am 6. Dezember 1915 mit engen Vertrauten über das Vorgehen gegenüber Frankreich beraten. Anwesend waren Marineminister Balfour, Kriegsminister Lord Herbert Kitchener und Munitionsminister David Lloyd George, zudem der konservative Abgeordnete und

Nahostexperte Mark Sykes. In der Arbeitsgruppe für die Erarbeitung von Szenarien nach dem Untergang des Osmanischen Reichs war er das jüngste Mitglied.

Vor ihnen lag eine Landkarte des Nahen Ostens. Wie Sykes auf die Frage, wie der Deal mit Frankreich aussehen könnte, seinen Zeigefinger über die Karte zog und sagte: »Ich meine, wir sollten die Linie von dem »e« in Acre bis zum letzten »k« in Kirkuk ziehen«⁵, ging in die Geschichte ein. Er zog eine lange Linie von der Mittelmeerküste bis zur östlichen Grenze des Zweistromlandes.

Die »blaue Zone« nördlich der Linie ging an Frankreich, die »rote Zone« südlich davon an Großbritannien. Diese Lösung hatte für Großbritannien viele Vorteile. So schuf die britische Zone einen Puffer zum Schutz des Suezkanals, die französische schob sich ebenfalls als Puffer zwischen Russland und die britische Kronkolonie Indien. Für London war von Vorteil, dass die »blaue Zone« größer war, als es dem französischen Einfluss eigentlich entsprochen hätte und somit den Kriegspartner zufriedenstellte. Sykes und der französische Diplomat François Georges-Picot unterzeichneten die Vereinbarung über die Grenzziehung am 16. Mai 1916. Sie sollte wie keine andere in der Neuzeit die Geschichte des Nahen Ostens prägen und beeinflussen.

Der Völkerbund bestätigte am 20. April 1920 den Grenzverlauf, der zusammenhängende ethnische und konfessionelle Räume zerschnitt. Er berief Großbritannien und Frankreich zu Mandatsmächten und beauftragte sie, die ihnen unterstellten Länder auf die Unabhängigkeit »vorzubereiten«. Aus der französischen Zone gingen Syrien und der Libanon hervor, aus der britischen der Irak, Jordanien und Israel. Zudem setzte London gegenüber der Türkei 1925 seinen Anspruch auf die Ölprovinz Mossul durch.

Schließlich hoffte Großbritannien, dass die Balfour-Deklaration vom 2. November 1917 einen weiteren Puffer für den Suezkanal schaffen würde. Als Außenminister Balfour dem außenpolitischen Berater des amerikanischen Präsidenten Wilson, Edward House, von Sykes-Picot und dem Brief an Rothschild berichtete, soll dieser gesagt haben: »So schaffen Sie eine Brutstätte für einen künftigen Krieg.«⁶ Der britische Historiker Barr zitiert den zweifelnden Balfour, der die Sykes-Picot-Linie für eine »akademische Übung zur Beilegung einer Meinungsverschiedenheit« hielt, sie sei jedoch »keine Blaupause für eine künftige Regierung in der Region« gewesen.⁷ Kolonialbeamte, die die Region nicht kannten, haben die neuen Grenzen gezogen, den Interessen der Kolonialmächte folgend. Damit waren die Kunststaaten Syrien, der Irak und Jordanien geschaffen.

Unter osmanischer Herrschaft waren diese Gebiete relativ friedlich gewesen. Die Osmanen hatten durch eine kleinteilige Aufgliederung der Region jenen Konflikten vorgebeugt, die entstehen, wenn viele Gruppen, die sich misstrauisch gegenüberstehen, in einem Gebiet oder Staat zusammenleben. Ein weiterer Vorteil dieser kleinen Einheiten war, dass sie effizient verwaltet werden konnten. Nun legten die Kolonialmächte die Provinzen aber zusammen: Sie nannten das eine Gebilde Irak, das andere Syrien. Erst haben die Kolonialstaaten diese künstlichen Gebilde zusammengehalten, danach repressive Diktaturen. Als auch diese wegfielen, stürzte die Region in Krieg und Chaos.

Die britische Mandats Herrschaft über den Irak hat tiefe Narben hinterlassen. Im schiitischen Südirak begann bereits im Juni 1920 eine Revolte gegen die neuen Herren.⁸ Sie eskalierte 1923, als schiitische Religionsgelehrte Fatwas, also Gutachten nach islamischem Recht, gegen die Fremdherr-

schaft erließen und die britische Luftwaffe Giftgas einsetzte, um die Revolte niederzuschlagen. Irakische Schiiten flüchteten nach Iran, woraufhin die Sunniten ihnen Verrat vorwarfen. Das Misstrauen der städtischen sunnitischen Elite, die aus der osmanischen hervorgegangen war, gegen die Schiiten wuchs. Nun setzten sie alles daran zu verhindern, dass sich die schiitische Mehrheit im neuen Irak durchsetzen würde.

Daher legten die sunnitischen Notabeln die Grundlagen für einen säkularen arabischen Staat. Die Briten wiederum holten den Sunniten Faisal nach Bagdad, den dritten Sohn des Scherifen Hussein in Mekka, und machten ihn zum König ihres Kunststaates. 1932 wurde der Irak nominell unabhängig, blieb aber unter britischer Kontrolle. In Jordanien, das 14 Jahre später unabhängig wurde, setzten die Briten einen Bruder Faisals, Abdullah Ibn Hussein, als König ein.

Im Irak identifizierten sich die sunnitischen Araber zunächst mit dem Königreich und später ebenso mit der Republik – im Gegensatz zu den schiitischen Arabern, die den Staat Irak nicht als den ihren betrachteten.⁹ Schließlich besetzten die Sunniten die wichtigsten Ämter, auch in der Armee.¹⁰ Der Gewaltherrscher Saddam Hussein setzte von 1979 an diese Tradition fort, indem er sich auf sunnitische Offiziere stützte und den Schiiten eine »persische Identität« unterstellte. Infolgedessen fühlten sich die schiitischen Muslime – wie auch die Kurden – weiterhin von der Teilhabe an der Macht ausgeschlossen, die schließlich in den Händen einer sunnitischen Elite lag.

Die Briten gründeten den Staat Irak, generierten aber kein irakisches Staatsvolk. König Faisal schrieb 1933 kurz vor seinem Tod verbittert: »Im Irak gibt es noch immer kein irakisches Volk, sondern nur unvorstellbare Massen von

Menschen, die frei sind von jeglichem patriotischen Ideal, die kein gemeinsames Band miteinander verbindet, die dem Bösen zuhören, die für Anarchie anfällig und die bereit sind, gegen jede Form von Regierung aufzubegehren. Aus diesen Massen wollen wir ein Volk formen, das wir ausbilden, erziehen und entwickeln. Die Umstände, so wie sie sind, und die Gewaltigkeit der Anstrengungen dafür kann man sich nicht vorstellen.«¹¹ Heute zerfällt, was nie zusammengehört hat.

In Syrien war die französische Mandatszeit, die 1946 endete, ebenfalls nicht segensreich. Als General Henri Gouraud 1920 in Damaskus einmarschierte, schritt er umgehend zum Mausoleum von Sultan Salah al-Din al-Ayyubi (Saladin), der 1187 die Kreuzritter aus Jerusalem vertrieben hatte, und sagte: »Ha, wir kehren zurück!«¹² Frankreich war damals beseelt von der Idee, Fortschritt und Zivilisation in die Welt zu tragen, auch die französischen Vorstellungen von Menschenrechten, der Republik und der Demokratie.¹³ Das entsprach nicht dem Auftrag, die Mandatsgebiete für die Unabhängigkeit vorzubereiten, und ging gründlich schief.

Zum Symbol für die verlogene Kolonialpolitik und den Verrat der europäischen Mächte an den Arabern wurde jedoch das Sykes-Picot-Abkommen. Es steht für »ein ganzes Jahrhundert, in dem die westlichen Mächte mit uns gespielt und militärisch interveniert haben«, sagt der Politikwissenschaftler Rami Khouri von der Amerikanischen Universität in Beirut.¹⁴

Verhängnisvolle Interventionen

Europa griff tief in die Geschicke Arabiens ein. Es schuf Staaten und zog Grenzen, ernannte Könige und schrieb Verfassungen. Im 19. Jahrhundert noch war Europa den Arabern Vorbild gewesen, im 20. Jahrhundert wurde es zum Feind. Als die Europäer in den Nahen Osten eindrangten, waren sie auf ein dichtes Geflecht von konfessionellen, tribalen und ethnischen Identitäten gestoßen, auf das sie nicht vorbereitet waren. Als sie die Region verließen, waren die Linien, die diese Identitäten trennen, noch schärfer, und sie traten klarer hervor.

Zwei Interventionen haben den Nahen Osten im 20. Jahrhundert mehr verändert als alles andere: erst das Sykes-Picot-Abkommen von 1916, dann 1953 der Sturz des liberalen iranischen Ministerpräsidenten Mohammad Mossadegh. Mossadegh hatte begonnen, Iran gegen den Willen von Schah Reza Mohammad Pahlevi auf den Pfad der Demokratie zu führen. Von Großbritannien forderte Mossadegh, die Einnahmen aus der Ölförderung im Land zu gleichen Teilen mit Iran zu teilen.

Doch der britische Premierminister Winston Churchill bestand darauf, dass die Anglo-Iranian Oil Company, die spätere BP, weiter nahezu ohne Gegenleistung über das gesamte in Iran geförderte Erdöl verfügen sollte. Der amerikanische Präsident Harry S. Truman lehnte zunächst eine britische Bitte ab, Mossadegh gemeinsam zu stürzen. Als ihm 1953 Dwight D. Eisenhower folgte, war der dazu bereit und beauftragte die CIA damit. Die »Operation Ajax« stürzte Mossadegh.¹⁵ Washington und London setzten den zuvor geflohenen Schah Reza Mohammad Pahlevi als Marionette wieder ein, der von nun an mit eiserner Hand regierte.

Im Jahr 2000 entschuldigte sich die damalige amerikanische Außenministerin Madeleine Albright indirekt, als sie sagte, der Coup sei »klar ein Rückschlag für die politische Entwicklung Irans« gewesen.¹⁶ Der Revolutionsruf »Tod Amerika«, der seit 1979 erschallt, war vor allem eine Quittung für die Rolle Washingtons bei der Errichtung der Schah-Diktatur.

Der Sturz Mossadeghs löste eine Kette von Katastrophen aus, die sich die damaligen CIA-Agenten kaum vorgestellt haben dürften. Ohne den Sturz des liberalen Politikers hätte es mit großer Wahrscheinlichkeit die Revolution von 1979 nicht gegeben, ebenso wenig wie die Islamische Republik oder den Export eines anti-westlichen islamistischen Extremismus, der 1982 im Libanon zur Gründung der Hizbullah führte, 1983 zu Terroranschlägen gegen US-Soldaten in Beirut und dann 1994 gegen das jüdische Zentrum in Buenos Aires durch iranische Agenten. Es hätte auch nicht den blutigen Krieg gegeben, den Saddam Hussein 1980 gegen die Islamische Republik Iran vom Zaun gebrochen hat.

Der irakische Gewaltherrscher Saddam Hussein wollte mit diesem Blitzkrieg zum Führer der arabischen Welt aufsteigen. Die Umstände waren günstig: Ägypten hatte sich wegen des Camp-David-Abkommens 1978 mit Israel isoliert, und Saudi-Arabien wurde von dem schwachen König Khalid Bin Abd al-Aziz Al Saud geführt. Der Abnutzungskrieg mit Iran dauerte aber acht Jahre, Millionen Menschen wurden getötet, und der Krieg führte den Irak an den Rand des Staatsbankrotts. Um den abzuwenden, überfiel der Irak 1990 das schwerreiche Kuwait. Der UN-Sicherheitsrat bestrafte das Land daraufhin mit dem härtesten Sanktionsregime, das es je gegeben hat. Die Sanktionen zerstörten die einst starke irakische Mittelschicht und trieben sie in die

Armut. Das Gesundheitssystem und das Bildungssystem kollabierten.

Das war nicht die letzte amerikanische Fehleinschätzung. Ein halbes Jahrhundert nach dem Sturz von Mossadegh begann ein von Amerika angeführter Einmarsch im Irak. Sechs Wochen nach seinem Beginn rief der amerikanische Präsident George W. Bush am 1. Mai 2003 aus: »Mission accomplished.« Selten hat ein amerikanischer Präsident sich selbst und die Welt mehr getäuscht. Denn der künstliche Staat Irak zerfiel mit dem Sturz Saddam Husseins, und ohne dessen Sturz hätte es den »Islamischen Staat« (IS) nicht gegeben.

Der sowjetisch-russische Imperialismus hatte ebenfalls seinen Anteil an der Ausbreitung des islamistischen Extremismus und Terrorismus. Am 25. Dezember 1979 marschierte die Rote Armee in Afghanistan ein, um die kommunistische Zentralregierung zu stützen, die im April 1978 durch einen Putsch an die Macht gekommen war. Die Invasion zog islamistische Widerstandskämpfer aus vielen Teilen der islamischen Welt an. Sie bildeten die *Mudschahidin*, aus denen die Taliban und die Terrorgruppe Al-Qaida hervorgehen sollten, die seit 1993 Anschläge gegen den Westen verübten. Die Rote Armee zog 1989 aus Afghanistan ab. Im darauf folgenden Bürgerkrieg übernahmen die Taliban die Macht, bis 2001 eine westliche Intervention sie stürzte, was das Land aber nicht befriedete.

Westliche Militärinterventionen haben den Nahen und Mittleren Osten nie dauerhaft stabilisiert. Eine Ausnahme war die Befreiung Kuwaits von den irakischen Invasoren im Februar 1991. Im Irak begingen die Amerikaner im Jahr 2003 aber weitere kapitale Fehler. Der erste war, die staatlichen Institutionen aufzulösen, allen voran die Armee und die Staatspartei Baath. Ein Vakuum entstand, und nicht-

staatliche schiitische Institutionen füllten es, allen voran die religiösen Autoritäten der Ajatollahs und die schiitischen Milizen; beide hatten im Untergrund überlebt. In den Untergrund gingen nun die entmachteten und gedemütigten Sunniten. Dies war die Geburtsstunde des sunnitischen Widerstands; er war – neben dem Vorläufer Al-Qaida in Afghanistan – ein weiterer Anstoß für das Entstehen des »Islamischen Staats«.

Ein zweiter kapitaler Fehler war, dass die Amerikaner, wie zuvor die Osmanen und Briten, keinen nationalen Dialog eingeleitet haben, um die konfessionellen und ethnischen Gegensätze zu entschärfen. So wurde die Diktatur der Baath-Partei von einer neuen Diktatur, einer schiitischen, abgelöst, in der Ministerpräsident Nuri al-Maliki, der von 2006 bis 2014 regierte, nun seinerseits die Sunniten marginalisierte und verfolgen ließ. Erschwerend kam hinzu, dass die Politik Amerikas und Europas im Kampf gegen den »Islamischen Staat« widersprüchlich war. Im Irak unterstützte der Westen die schiitisch geführte Zentralregierung, deren Politik zuvor maßgeblich zum Wachstum des »Islamischen Staates« beigetragen hatte. Denn viele irakische Sunniten waren (und sind) überzeugt, dass der »Islamische Staat« die wirksamste Antwort auf die Regierung in Bagdad ist. In Syrien war zunächst der Sturz des Assad-Regimes wichtiger als der Kampf gegen den »Islamischen Staat«. Gegen den »Islamischen Staat« kämpften die USA offiziell mit Ländern wie der Türkei, die jedoch islamistische Extremisten mit dem Ziel gefördert hat, Assad zu stürzen. Damit wurden Chancen vertan, mit Russland und Iran eine politische Lösung für Syrien auszuhandeln. Die Folge war, dass sich der Zerfall des Staates beschleunigte, was wiederum dem »Islamischen Staat« in die Hände spielte.